

(Abgeordneter Fleißner.)

- (A) Appell an die Nationalliberalen gerichtet, sie sollten sich doch die Sache noch einmal überlegen, sie sollten umkehren und sich besinnen. Er hat Schwarz in Schwarz gemalt, was entstehen könnte, wenn ein Wahlrecht im Sinne des Mehrheitsantrages oder gar nach sozialdemokratischem Sinne käme. Ich möchte dabei an etwas anderes erinnern. Hier im sächsischen Landtage richtet die Regierung einen Appell an die Nationalliberalen, doch ja nicht das gleiche Wahlrecht zu bewilligen. In Preußen richtet die preußische Regierung einen Appell an die Nationalliberalen in gerade entgegengesetztem Sinne. Da erklärt die preußische Regierung: Ihr Herren Nationalliberalen, bewilligt nur das allgemeine Wahlrecht, davon hängt das Wohl des Staates ab. In der Wahlrechtsfrage sollte es bei einer politischen Partei solche Verschiedenheiten nicht geben. Eine Partei kann in Preußen, wenn sie auf Grundsätze in dieser wichtigen Frage halten will, nicht anders denken in der Wahlrechtsfrage als in Sachsen. Das müßte eigentlich ohne weiteres klar sein. Außerordentlich charakteristisch waren die Ausführungen des Herrn Ministers, wenn er — so war der Sinn dieses Teiles seiner Rede — sagte: je demokratischer ein Wahlrecht ist, desto schlimmer ist es. Er hat dabei auf andere Staaten hingewiesen, auf Staaten, wo andere Staatsformen herrschen, und hat dabei besonders auf bessere demokratische Einrichtungen exemplifiziert, die schuld sein sollen, daß bei besserem Wahlrecht doch schlechtere Verhältnisse im Lande entstehen. Ja, meine Herren, so kann man auch nicht urteilen. Es kommt natürlich ganz darauf an, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Lande beschaffen sind. Solange in den einzelnen Ländern der Kapitalismus herrscht, kommt es auf die übrigen Einrichtungen und Staatsformen gar nicht so sehr an. Solange der Kapitalismus herrscht, werden sich die Verhältnisse entsprechend entwickeln. Wir verlangen ja deshalb auch, daß der Kapitalismus von anderen Einrichtungen abgelöst werden soll. Wir verlangen, daß an Stelle des Kapitalismus der Sozialismus tritt. Wir wissen, daß das eine Sache der Entwicklung ist, daß man das nicht durch Gesetz beschließen kann, aber wir suchen die Entwicklung zu beeinflussen, um diesen Prozeß zu beschleunigen.

Der Herr Minister hat erklärt, das gleiche Wahlrecht führe so, wie es die Sozialdemokratie will, zu einer einseitigen Vertretung, zur Vertretung nur eines Berufsstandes. Ich weiß nicht, aus was er das schließt. Die Sozialdemokratie ist keineswegs etwa nur Vertreterin einer bestimmten Gruppe von Arbeitern, einer bestimmten Gruppe von Berufen. Die Sozialdemokratie ist die berufene Vertreterin des gesamten Proletariats überhaupt,

wo es sich auch befinden möge, ob in den Kreisen der Lohnarbeiter, ob in den Kreisen der geistigen Arbeiter, ob in irgendwelchen anderen Kreisen. Meine Herren! Dieser Begriff ist nicht identisch mit irgendeinem Stande, mit irgendeinem Berufe. Er ist nicht identisch nur mit dem Begriffe der Handarbeit. Deshalb ist auch die Logik des Herrn Ministers durchaus falsch. Dazu kommt folgendes. Man kann sich auch vorstellen, und wir wünschen es sogar, daß es außer den Schichten, die durch ihre Wirtschaftsinteressen unmittelbar in das Lager der Sozialdemokratie gedrängt werden, es auch noch andere Schichten gibt, die aus idealen Erwägungen heraus, aus politischen Gründen, aus Gründen der Erkenntnis der Dinge zu sozialdemokratischer Auffassung kommen. Es ist gar nicht davon die Rede, daß der Begriff Sozialdemokratie sich deckt mit dem Begriffe Hand-, Lohnarbeiter. Ich glaubte nicht notwendig zu haben, das hier in diesem Hause noch einmal der Regierung gegenüber klarstellen zu müssen, denn darüber kann eigentlich bei jedem, der die Sozialdemokratie kennt, kein Zweifel sein. Meine Herren! Der Herr Minister hat dann weiter erklärt, die Sozialdemokratie in Sachsen habe ja doch bei der Wahl von 1909 25 Mandate errungen, und trotz der 25 Mandate, trotzdem die Sozialdemokratie hier in dieser Kammer eine große Vertretung habe, trete sie jetzt für Beseitigung dieses Wahlrechts ein. Das kann er gar nicht begreifen oder verstehen. Er möchte aber doch aus dieser Tatsache erkennen, daß daraus gerade die große Objektivität der Sozialdemokratie zu erkennen ist, die ohne Rücksicht darauf, welches Wahlrecht einen besonderen Wert für sie hat, auf dem Standpunkt steht, es müsse ein gutes, ein gleiches Wahlrecht sein. Es wird allerdings darauf ankommen, wie sich eine Partei verhält, wie sie die Interessen des Volkes vertritt. Das Volk wird dann eben durch die Möglichkeit der Anwendung des gleichen Wahlrechts es in der Hand haben, die Parlamente so zu gestalten, wie es der Auffassung des Volkes entspricht. Arbeitet die Sozialdemokratie entgegen der Mehrheit des Volkes, das heißt nicht im Sinne des Volkes, dann wird dieses die Sozialdemokratie nicht wählen. Ist es aber anders, dann werden die Sozialdemokraten in großer Mehrheit in das Parlament einziehen.

Ich möchte noch auf einen anderen Vorgang hinweisen. Auch der Herr Minister hat davon gesprochen, daß die Einigkeit gestört werden könne, wenn man jetzt die Wahlrechtsfrage während der Kriegszeit zur Erledigung bringen will. Ich weiß nicht, was damit gesagt sein soll. Wenn das irgendwie ein Vorwurf gegen diejenigen sein soll, die die Initiative ergreifen, so kann